

## **Hannelore Hirsch und Hans-Wilfried Zindorf (SPD): „Kein Verständnis für Worthülsen und Versteckspiele der BIMA“**

Zur zukünftigen Nutzung der GFZ-Kaserne erklären die beiden Vorsitzenden der SPD-Ortsvereine aus der Mainzer Oberstadt, Hannelore Hirsch (OV Ebertsiedlung) und Hans-Wilfried Zindorf (OV Stahlberg):

„Vor einigen Wochen haben wir die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) angeschrieben und um eine Prüfung gebeten, ob Teile der GFZ-Kaserne in der Mainzer Oberstadt ggf. schon vor der geplanten Räumung der Gesamtfläche im Jahr 2019 für eine Wohnbebauung freigegeben werden könnten. Als Beispiel hierfür könnte die Firma Ganymed dienen, die bereits auf einer nicht mehr benötigten Teilfläche der Kaserne einen Neubau errichten konnte.

Nun haben wir eine sehr kurze und vollkommen inhaltsleere Antwort der BIMA auf unser Schreiben erhalten, die in keinster Weise auf unsere Fragen und unsere Bitte um Prüfung eingeht. Vielmehr zieht sich die BIMA auch weiterhin stur hinter die geplante Räumung der Gesamtfläche im Jahr 2019 zurück und blockt jede Frage nach einer vorzeitigen Freigabe von Teilbereichen ab.

Umso unverständlicher ist dieses Verhalten, weil uns Vertreter der Bundeswehr bei einer Besichtigung vor Ort eindeutig bestätigt haben, dass große Teile der vorhandenen Flächen der Kaserne für die geplante Nutzung als Ausweichquartier während des Umbaus der Kurmainz-Kaserne überhaupt gar nicht gebraucht werden.

Zudem sind weite Teile der Kaserne auch heute schon aus Sicherheitsgründen gesperrt, z. B. ein Sportplatz, ein Hubschrauberlandeplatz sowie einige technische Gebäude und Garagen im hinteren Teil des Geländes.

In Mainz besteht weiterhin ein großer Bedarf an Wohnraum für mittlere und geringe Einkommensgruppen, junge Familien und Studierende. Wir können es uns daher nicht leisten, auf ein solches Potenzial im Bereich der Oberstadt zu verzichten.

Wir haben daher die BIMA in einem weiteren Schreiben noch einmal unmissverständlich aufgefordert, jetzt endlich ernsthaft zu prüfen ob, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen die bereits heute nicht mehr benötigten Flächen im hinteren Teil des Geländes vorzeitig freigegeben werden könnten.

Wir erwarten jetzt schnellstens eine belastbare Antwort seitens der bundeseigenen BIMA, denn wir können uns nicht vorstellen, dass der Bund auch weiterhin bis 2019 Monat für Monat Geld aus dem Fenster werfen will, um diese brach liegenden Bereiche zu sichern und zu erhalten.“